



Digitale Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge im Wandel, Herausforderungen einer Smart City

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit existenziellen Infrastrukturleistungen wird als Daseinsvorsorge bezeichnet. Die Diskussion über die optimale Ausgestaltung ist nicht neu, gewinnt jedoch seit der Corona-Pandemie insbesondere mit Blick auf die digitale Infrastruktur deutlich an Intensität. Dabei geht es im Gegensatz zu früheren Diskussionen aktuell nicht nur um die Frage „privat vs. Staat“ – folglich, wer die Leistungen erbringen soll –, sondern darum, welche (Infrastruktur-) Dienste künftig daseinsvorsorgerelevant sind, d. h. welche Bereiche diese überhaupt beinhalten (sollte). Die Daseinsvorsorge hat in Deutschland eine lange Tradition, dennoch unterliegt sie im Zeitverlauf einem gewissen Wandel, der sich vor allem aus der Dynamik der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung ergibt. Zu nennen sind Liberalisierungsprozesse durch die EU-Gesetzgebung, Urbanisierung, demografische Entwicklung oder der Klimawandel. Diskussionen zum Umfang, zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung sowie zu Standards der Leistungserbringung prägen den Diskurs. Aktuell stehen im Besonderen Diskussionen und Ent-

wicklungen der Digitalisierung im Rahmen von „Smart City“ im Fokus. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen.

Pandemie als Digitalisierungs-Treiber

Die Corona-Pandemie wirkt in puncto „Digitale Daseinsvorsorge“ als Treiber, die gewissermaßen eine Blaupause darstellt. Die öffentliche Hand, ihre Unternehmen sowie die privaten Dienstleister in der Daseinsvorsorge argumentieren, dass die Erbringung der Daseinsvorsorge während der Pandemie jederzeit funktionierte. Zu nennen ist beispielhaft ein stabiles Gesundheitssystem oder ein intakter ÖPNV. Allerdings wurde mit Blick auf die Digitalisierung auch deutlich, dass Daseinsvorsorge über physische Infrastrukturen hinausgehen muss, um zukunftsfest zu sein. Die Erreichbarkeit der Ämter während der Pandemie war ungenügend, die digitale Lehre insbesondere in Schulen ebenfalls.

Digitale Plattformen gewinnen an Bedeutung

Besonders digitale Plattformen in Kommunen als Leistungsnetzwerke für die Bürgerinnen und Bürger gewinnen an

Bedeutung. Sie werden mehr und mehr zu Basisinfrastrukturen der digitalen Gesellschaft und spielen damit auch bei der Transformation der Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle. Als Beispiel kann hier der Wandel des klassischen ÖPNV-Angebots hin zur Bündelung diverser Mobilitätsangebote und -dienstleistungen im Kontext individueller Mobilitätsnachfragen genannt werden, welche „Lösungen aus einer Hand“ erfordern, bspw. über eine einheitliche Mobilitätsplattform etwa in Form einer entsprechenden App. Dieser Trend wird auch die Kommunalverwaltungen erfassen, insbesondere mit Blick auf digitale Bürgerportale/Dienstleistungen für diverse Zwecke, aber auch bezogen auf (interne) Verwaltungsstrukturen und -prozesse.

Digitale Wirkungen

Grundlage entsprechender, auf der Digitalisierung beruhender (kommunaler) Aufgaben und Leistungsangebote – auch in der Smart City – sind vor allem zunehmende Möglichkeiten zur Generierung umfangreicher Datenbestände, die eine stärkere Differenzierung und Individualisierung von Leistungen ermöglichen und damit auch die Effizienz und Effektivität

des Gesamtsystems „Kommune“ erhöhen. Grundvoraussetzung dafür ist die möglichst ganzheitliche Erhebung, Verknüpfung und Nutzung von kommunalen Daten im Rahmen eines kommunalen Datenmanagements. Das beginnt bei Verwaltungsprozessen, wie dem Digitalisieren von Aktenbeständen, bis hin zur Generierung kommunaler digitaler Plattformen. Besonders in der kommunalen Verwaltung herrscht digitaler Nachholbedarf. So sind bspw. ganzheitliche ECM-Lösungen (Erfassung, Bearbeitung, Verwaltung und Speicherung von Daten) oder vollständig digitale Abwicklungen von Verwaltungsvorgängen noch unterrepräsentiert.

Lösungen können über kommunale Unternehmen oder über private Kooperationspartner erfolgen. Da die digitale Transformation Auswirkungen auf alle Bereiche der Daseinsvorsorge aufweist, erhält sie auch den Charakter einer besonders prägenden Querschnittsaufgabe.

Daten werden zentral

Voraussetzung für eine wirkungsvolle Digitalisierung der Daseinsvorsorge bildet folglich die intelligente Nutzung der aus dem Betrieb der kommunalen Infrastruktur gewonnenen Daten und deren Vernetzung mit weiteren, insbesondere städtischen Bereichen. Durch den „smarten“ Einsatz von Daten lassen sich in der Kommune zahlreiche Herausforderungen angehen, wie Umweltbelastungen zu senken und die Lebensqualität zu steigern. Eine nachhaltige Daseinsvorsorge in der Smart City ist folglich dann möglich, wenn sektorale Zusammenhänge mitgedacht und in Summe das kommunale Ökosystem der Smart City ganzheitlich steuerbar wird. Nun beinhaltet aber das Handling von kommunalen Infrastrukturen nicht nur die Vernetzung an sich, auch ein Teil des Digitalisierungsauftrages der Kommunen und die Datennutzung daraus müssen zum Wohle der Bürger:innen gemanagt werden, insbesondere auch, da entsprechende Daten und daraus generierbare Informationen die Grundvoraussetzung digitaler Lösungen darstellen und damit auch für die Erbringung städtischer Infrastrukturen essenziell sind. Damit stellen diese auch

einen wirtschaftlichen Wert bspw. für kommunale Unternehmen dar, bedürfen aber zugleich eines hohen Schutzes mit Blick auf deren Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Verwendung.

Kommunale Daten-Plattformen

Um eine umfassende Daseinsvorsorge zu erreichen und erhalten, ist es daher sinnvoll, die in Verbindung mit Smart-City-Konzepten gesammelten Daten im kommunalen Eigentum zu belassen und nicht leichtfertig an internationale Tech-Konzerne außerhalb der deutschen bzw. europäischen Datenschutzregelungen auszulagern. Dies schließt nicht aus, private Service-Dienstleister mit ihren Erfahrungen und Leistungskatalogen mit der Erbringung zu beauftragen.

Der Weg zu einem digitalen Wandel in Daseinsvorsorge und Verwaltung ist allerdings mit technischen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Herausforderungen verbunden. Koordinierungsfragen, unklare Zuständigkeiten, fehlende politische Verantwortung, rechtliche Hemmnisse, fehlende Experimentierräume sowie das häufig unzureichende digitale Know-how wirken hierbei erschwerend. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aufbau von eigenen kommunalen Plattformen, zumindest aber von eigenem kommunalem Know-how an Bedeutung. Im Sinne von Bottom-up-Prozessen besteht damit die Möglichkeit, die digitale Transformation in der Daseinsvorsorge gezielt voranzutreiben und dabei gleichzeitig auch die kommunale Ebene zu stärken. Voraussetzung dafür ist zunächst eine entsprechende kommunale Digital- und Plattformstrategie, die gerade auch Smart-City-Ansätzen zugrunde liegt, um Lösungen zur Verknüpfung verschiedener Aufgabenfelder sowie öffentlicher und privater Dienste entwickeln zu können. 



OLIVER ROTTMANN

Geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. und Geschäftsführer des KOMKIS Sachsen, beides Universität Leipzig

Der Text basiert in Teilen auf einer aktuellen Studie des KOWID an der Universität Leipzig, die in Kooperation mit Baker Tilly, DZ HYP, Stadtwerke Düsseldorf, Leipziger Stadtwerke, NRW.BANK, RheinEnergie, Wuppertaler Stadtwerke, VNG und SKU erstellt wurde. Die Studie ist abrufbar unter https://kowid.de/wp-content/uploads/2021/11/KOWID_Delphi-Studie_2021_271021_v19.pdf.